

## Der Reichsfinanzminister rechtfertigt seine Politik

Reichsfinanzminister Hergt-Reinhold — Die Handelsverträge mit Schweden und Dänemark

Berlin, 24. Juni

Im Plenum des Reichstages ging es gestern zum erstenmal nach den letzten milden Tagen wieder etwas lebhafter zu. Den Höhepunkt der Sitzung bildete die Beratung der Novelle zum Bankgesetz, bei der es zu einer energischen Auseinandersetzung über die Finanzpolitik der Reichsregierung kam. Der deutsch-nationale Abgeordnete Hergt und der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gingen bei dieser Gelegenheit ziemlich heftig aneinander.

Die Novelle zum Bankgesetz sieht vor, daß Schatzmeister des Reiches wieder redaktioniert werden können. Das Reichsbankdirektorium und die Reparationskommission haben sich mit dieser Novelle einverstanden erkläre. Auch der Abgeordnete Hergt stimmte für die Deutschnationalen der Novelle zu, meinte aber, es dürfe von der darin gebotenen Möglichkeit nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden. In den Reichsbanken, so fuhr Hergt fort, herrscht Elbe. Wir treten mit verhangenen Füßen in ein Defizit hinein, von dessen Größe wir uns gar keine Beurteilung machen können. Wir haben keine Überblick über die noch anstehenden Ausgaben für die Erwerbslosen, aber wir wissen, wie die Erwerbslosenzahl steigen wird. Der Minister wird uns einen Nachtragstaat bringen müssen, bei dem um die Augen überreichen werden. Die Ausgabenseite darin kann man auf 400 bis 500 Millionen Mark schätzen. (Hört, hört!) In solider Situation ist für den Finanzminister die Versuchung sehr groß, das eben in der Novelle gegebene Instrument der Schatzmeister zur Verschleierung des Defizits auszunutzen. Das darf nicht geschehen.

Reichsfinanzminister Reinhold

gestieg darauf sofort die Rednertribüne und erklärte, der Abgeordnete Hergt habe wiederum seine Abneigung gegen das Gesetz über die Steuerverminderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage erkennen lassen. Hergt glaube, daß die Reichsregierung alsbald die 400 Millionen Schatzmeister zur Diskontierung vom Reichstag werde anordnen müssen. Das sei ein positiver Irrtum. Die Reichsregierung habe nicht die Absicht, jetzt vor diesem Jahr eine solche Gebrauch zu machen. Vor dem 1. Oktober des Jahres werde das wahrscheinlich überhaupt nicht möglich sein.

Die Entwicklung der Reichsfinanzen, so erklärte der Reichsfinanzminister mit großem Nachdruck, ist ganz genau so geschaffen, wie sie von vorneherein angenommen haben. Der Jahresüberschuss am 31. März 1926 ist genau so hoch gewesen, wie wir ihn geschätzt haben, etwa 200 Millionen. Im April ist der Stand um 6 Millionen hinter der Schätzung zurückgeblieben, im Mai aber um 17 Millionen darüber hinausgegangen. Die Steuern aber, die ein Spiegelbild der Wirtschaftslage geben, und namentlich die Umsatzsteuer, weisen gegenwärtig eine leicht steigende Tendenz auf, so daß anzunehmen ist, daß sie über die Schätzung hinausgehen werden. Es ist also vollkommen unrichtig, jetzt von einem Finanzdefizit zu sprechen. Wir kommen mit Einrechnung der Summen aus, die aus dem Überschuss von 1924 und 1925 im Mai für 1926 eingestellt sind. Wenn man diese Summen zuwölbt, so kommt man im Mai nicht zu einem Defizit. Wenn es weiter gelingt, die Ausgaben nicht mehr zu steuern, so werden wir durchaus in Rahmen des Staates bleiben und das Jahr 1926 zu beschließen können, wie wir angenommen haben.

Die Novelle zum Bankgesetz wurde darauf an den Haushaltsausschuß überwiesen. — Bei der Beratung des deutsch-nationalen Handelsvertrages und der Handelsvereinbarung mit Dänemark wurde

heftige Angriffe gegen die Zollpolitik

der Regierung gerichtet. Der deutsch-schwedische Handelsvertrag wurde von den Linken lebhaft beanstandet. Abgeordneter Hillerding (Soz.) warf der Regierung vor, daß die in dem Vertrag eingeschlossene Zölle für Getreide, Fleisch und Fleisch über die bisher bestehenden Höchstzölle hinausgegangen. Eine solche Zollpolitik diene nur dazu, die Lebenshaltung des Bevölkerung zu verteuern. — Abgeordneter Horlacher (Bonn, Dp.) wies dem gegenüber darauf hin, daß die Preisentwicklung der deutschen Landwirtschaftsprodukte alle Prophesien der Zollgegner widerlegt hätte. Ohne ausreichenden Zollschutz könne die Landwirtschaft nicht bestehen.

Die Handelsvereinbarungen mit Dänemark erfuhrn umgeholt gerade von der Rechten eine scharfe Kritik. Bei dem Vertrag handelte es sich um Zollerleichterung für dänische Erzeugnisse. Abgeordneter Gräfe (Wöhl.) nannte den Vertrag das Ungehorsamtheit, was jemals der Landwirtschaft geboten worden sei. — Es war nun interessant, zu sehen, daß gerade von Seiten der Sozialdemokraten, die beim deutsch-schwedischen Vertrag die Handelspolitik der Regierung verurteilt hatten, die Angriffe der Rechten auf den deutsch-dänischen Handelsvertrag zurückgewiesen wurden. — Der deutsch-dänische Vertrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 221 gegen 158 Stimmen angenommen; die dritte Beratung wurde ausgelebt. Der deutsch-schwedische Handelsvertrag ging an den handelspolitischen Ausschuß.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht das Gesetz der Ungültigkeit eines Volksentscheides über die Auswertung.

## Kritik an der sächsischen Finanzpolitik

Dresden, 24. Juni.

Im Haushaltsausschuß II des Landtages stand gestern der Haushaltshaushalt für das Geschäftsjahr 1924 zur Beratung. Der Berichterstatter Abg. Billeter (Dn.) wandte sich dabei scharf gegen die Finanzpolitik der Regierung. Er betonte, daß im Jahre 1924, dem Jahre des größten Tiefstandes der sächsischen Wirtschaft, die Regierung einen Überschuss von über 77 000 000 Mark herausgewirtschaftet hat. Die Mehreinnahmen von etwa 30 000 000 Mark aus Steuern und Abgaben seien dadurch erzielt worden, daß die Steuern mit Ausnahme der Einkommensteuer fast durchweg Mehrbeiträge von 50 Prozent erbracht hätten. Das sächsische Volk habe allein an Einkommensteuer 176 000 000 Mark aufgebracht. Die Ausgaben seien um 28 000 000 Mark verringert. Das sei nur äußerlich ein Erfolg der Finanzbearbeitung. In Wirklichkeit seien die verminderten Ausgaben nur dadurch erzielt worden, daß der Staat trotz der wirtschaftlichen Notlage unerhörte Gebühren für Amtshandlungen erhoben habe. So seien die Gebühren bei den Gerichten gegen den Voranschlag um 8,3 Millionen Mark gestiegen worden. Die Gerichte durften aber keine Einnahmequelle für den Staatsfiskus abgeben. Kreis- und Amtshauptmannschaften haben die Gebühren 850 000 Mark mehr erhoben. Dazu kamen 433 000 Mark Verluste bei den Staatsgütern. Die Porzellanmanufaktur Meissen und das Blaufarbenwerk haben einen Winderertrag von 550 000 Mark erbracht. Die Regierung habe am 1. April 1925 einen baren Raffensbestand von 81 Millionen Mark gehabt, der insgesamt schon längst verbraucht sei. Darüber hinaus habe sie im Geschäftsjahr weitere 80 Millionen Mark für

# Die Beratungen im Reichsausschuß

Berlin, 24. Juni.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Beratungen im Reichsausschuß des Reichstages erklärte der Vertreter der thüringischen Regierung, bei Annahme der Regierungsvorlage über die Bankenfindung bestehe für Thüringen die Möglichkeit, daß Sondergericht nicht nur im Fälle Coburg-Gotha angreifen, sondern auch in den Fällen, wo Fürstenhäuser gegen abgeschlossene Vergleiche den Reichsfinanzminister erheben haben. — Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung der Bestimmung, daß das Sondergericht nur auf Antrag einer der Parteien zusammenzutreten soll, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller bei Einholung der Kommunisten abgelehnt. Im zweiten Abstimmung der Novelle zum Bankgesetz, bei der es sich um eine bereits abgeschlossene Gesamtauseinandersetzung vom Sondergericht nun einmal aufgerollt werden darf, wenn beide Parteien das beantragen. — Abg. Landsberg (Soz.) begründete einen sozialdemokratischen Antrag, wonach zur Wiederauflösung des Antrags des beteiligten Landes genügen soll. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Der § 2, der besagt, daß das Gericht auf Antrag eines Landes oder eines Mitgliedes des Fürstenhauses in Tätigkeit tritt, wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie § 1angenommen, ebenso ohne Aussprache § 3, der die Gründe für die Anträge beim Sondergericht feststellt. Der § 4 besagt: Der Anfang der Auseinandersetzungsmasse wird durch die Auseinandersetzung der Parteien bestimmt. In die Auseinandersetzungsmasse können jedoch Vermögensstücke insofern nicht einzbezogen werden, als sie in einem anderen Lande liegen und durch eine Gesamtauseinandersetzung zwischen diesem anderen Lande und dem Fürstenhause, das dort regiert hat, unter den Parteien aufgeteilt sind. Der sozialdemokratische Streichungsantrag wurde abgelehnt und § 4 mit der gleichen Mehrheit wie die vorherigen angenommen.

Der § 5 stellt Mithilfen dafür auf, was als Staats- eigentum und was als Privatgegenstand zu gelten hat. Abg. Lindener-Wildau (Dn.) beantragte die Streichung dieser Richtlinien, so daß § 5 nur lauten würde: Im Verfahren nur Gesamtauseinandersetzung steht das Reichsondergericht, soweit darüber unter den Parteien Streit besteht, auf Grund von Reichs- und Landesrecht fest, was von den zur Auseinandersetzungsmasse gehörigen Vermögensstücken Staatsgegenstand und Privatgegenstand ist. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) beantragte eine Ergänzung dahin, daß als Ausnahme von der Begriffsbestimmung des Staatsgegenstands nur der Erwerb auf Grund solcher Gesetze gelten soll, die nach der Staatswahl von 1918 beschlossen worden sind.

Reichskanzler Dr. Marx bezeichnete den sozialdemokratischen Antrag als absolut unannehmbar. Neben einer Zustimmung einer Volksvertretung verfassungsgemäß zu handeln gefordertes Gesetz könne man unmöglich hinweg gehen. Mit gleichem Stimmenverhältnis wie bisher wurden die Änderungsanträge abgelehnt und § 5 angenommen.

liquide Mittel vom Landtag gesondert und erhalten. Dabei investierte die Regierung immer neue Gelder in verschiedene Unternehmungen. Das Wissensbestimmung des Landtages bei leihen müsse erhöht werden.

Es wurde ein Antrag angenommen, die Beratung zu vertagen, bis in Gegenwart des Finanzministers weiter verhandelt werden kann.

## Die schwierige Einigung

Aussicht auf eine Verständigung mit den Sozialdemokraten. — Die Opposition der Deutschen Nationalen.

Berlin, 24. Juni.

Im Reichstag fand gestern nachmittag eine intensivere Beratung der Regierungsparteien statt, in der die Situation bezüglich der Fürstenabfindung erörtert wurde. Die 1. Lesung des Regierungsvorlagen soll heute im Reichsausschuß zu Ende geführt werden. Es ist aber noch eine zweite Lesung vorgesehen. Zwischen der 1. und 2. Lesung werden erneut Verhandlungen mit den Deutschen Nationalen und Sozialdemokraten aufgenommen werden. Heute bestimme Vorschläge kann noch nicht berichtet werden, doch wird in den Kreisen der Regierungsparteien die zuversichtliche Erwartung geäußert, daß es gelingen werde, wenigstens mit den Sozialdemokraten zu einem Kompromiß zu kommen, daß die Annahme des Gesetzes noch vor den Sommerferien ermöglicht wird.

Bisher haben die Verhandlungen mit den Deutschen Nationalen zu seinem Ergebnis geführt. Die Deutschen Nationalen stellen sich auf den Standpunkt, sie hätten keine Veranlassung, von ihrer bisherigen Stellung abzugehen, und dadurch dem Gesetz zu einer Zweidrittel-Mehrheit zu verhelfen.

## Der Kampf um die Reorganisationsbill

Der Antrag der Arbeiterpartei verworfen.

London, 24. Juni. (Drahöbericht)

In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde der Antrag der Arbeiterpartei, die Reorganisationsbill der Regierung abzulehnen, mit 386 gegen 147 Stimmen verworfen.

## Dammbruch der Elbe bei Magdeburg

Magdeburg, 24. Juni.

Die Wasserslutzen der Elbe haben zwischen Hohenwendorf und Brieskipp bei Magdeburg die Schuttdämme durchbrochen. Über 800 Morgen Acker sind überströmmt. Die Brüche müssen zum größten Teil als verloren gelten. Weiter unterhalb Magdeburgs sind weitere umfangreiche Gebiete überströmt worden. Oberhalb Magdeburgs gelang es den angestrengten Arbeiten der Magdeburger Bienen, Dämme zu halten, die eine ganze Reihe von Dörfern und mehr als 6000 Morgen Acker vor dem Verderben durch einen Dammbruch der Elbe schützen. Bei Brieskipp selbst brochen die Fluten, den Sommerdeich zu durchbrechen, wodurch mehr als 3000 Morgen Acker den schwersten Schaden erleiden würden.

## Bei der Lebensrettung ertrunken

Berlin, 24. Juni. Bei einer Schwimmübung der weiblichen Jugend des Sportclubs Berlin an der Havel ertrank eine 18 Jahre alte Schülerin einen Schwimmknoten und schwie laufen um Hilfe. Ein Schwimmknoten schwamm hinaus und hielt das Mädchen über Wasser, bis es vom Personal eines Dampfers aufgenommen wurde. Es lebte jedoch nicht mehr.

Sehr umstritten wurde der folgende § 6, der u. a. besagt: Ist zwischen dem Lande und dem Fürstenhause oder einzelnen seiner Mitglieder über das Eigentum oder ein sonstiges Recht an einzelnen Vermögensstücken ein rechtsschädliches Urteil ergangen, so bleibt es maßgebend, auch wenn es mit einer Teilauslandserziehung zusammenhängt. Das Sondergericht kann jedoch von einem nach der Staatswahl 1918 rechtsschädlichen Urteil abweichen, wenn es sich stellt, daß das Urteil auf Gründen beruht, die mit den Vorschriften der §§ 5 und 8 dieses Gesetzes vereinbar sind.

Die Abg. Dr. Rosenfeld und Landsberg (Soz.) beantragten eine Änderung dahin, daß auch die rechtsschädlichen Urteile aufzuschaffen werden können, die vor der Revolution von 1918 ergangen sind. Für die Sozialdemokraten sei die Stellung zu dieser Frage von entscheidender Bedeutung. Abg. Dr. Wunderlich (D. Ap.) erklärte, ihm als Juristen sei es schwer gefallen, in diesem Punkte der Regierungsvorlage zugestimmen. Es wäre ihm lieber gewesen, wenn an rechtsschädlichen Urteilen überhaupt nicht gerichtet würde. Nach der Revolutionszeit sei es aber unterlassen worden, für die Auseinandersetzung an Stelle der dazu ganz unbrauchbaren bisherigen Rechtsgrundlage neues Recht zu schaffen. Auf die Zeit vor der Staatswahlung dürfe sich aber diese Rückwirkung nicht in allen Fällen erstrecken. Abg. v. Lindener-Wildau (Dn.) beantragte folgende Fassung: „Rechtsschädliche Urteile, rechtsschädliche Schiedsprüche, Verträge, Vergleiche, Anerkennuisse, bleiben maßgebend.“ Der Antrag der Deutschen Nationalen wurde gegen die Abgeordneten Alpers (Weiß) und Freid (Völk.) abgelehnt, die sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen der Antragsteller bei Stimmenhaltung der Kommunisten. § 6 der Regierungsvorlage wurde dann bei Stimmenhaltung der Deutschen Nationalen und Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, ebenso ohne Aussprache. Der Sondergericht dielegten Verhandlungen über Vermögensstücke zu einer Teilungsmasse zusammenzufassen habe, bei denen die Rechtseigentumsvorhängen nur mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten festzustellen sind. — Die Weiterberatung wurde dann auf heute vertagt.

## Ein Sieg der Sozialdemokraten

Berlin, 24. Juni (Drahöbericht)

An der heutigen Sitzung wurde ein Zusatzantrag der Sozialdemokraten zu § 8, nach dem die Gültigkeit Großdeutschlands und ähnliche Renten einzuhängen, fortfallen mit 16 gegen 9 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Deutschen Nationalen, die bairische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung, sowie die Volksliste. Die Kommunisten enthielten sich der Stimme. § 8 in der Fassung der Regierungsvorlage ist da mit gefallen und durch die sozialdemokratische Fassung ersetzt.

## Kurze Nachrichten

† Von einer Deichsel aufgespielt. Auf dem Essener Städtschen Großmarkt ereignete sich Mittwochabend ein bedauerlicher Unfall. Der Autobusfahrer Rentfort aus Bielefeld kam, als er ein durchgehendes Gefälle aufzuhalten wollte, so unglücklich zwischen die Spalte der Deichsel und sein Auto zu stehen, daß er buchstäblich aufgespielt wurde. Er war sofort tot.

† Zu dem Mord in Neu-Sachsen wird weiter gemeldet. Der Sohn des Lokomotivfahrers Gebauer ist noch am Leben, aber ohne Bewußtsein. Die ärztliche Untersuchung ergab die Auflösung eines Schuhbands im Kopf. Der Schuh ist mit seinem eigenen Fersling abgegeben worden. Die Waffe hat der Täter möglicherweise mitgenommen. Sie wurde bisher noch nicht aufgefunden. Im Dürgerhausen wurde eine tote Henne gefunden, deren Hals ebenfalls durchschnitten war wie bei den Zielen. Von der Kriminalpolizei wird nach den vorliegenden Anzeichen angenommen, daß der Täter mit dem Breslauer Kindermörder nicht identisch ist.

† Vor den Augen der Eltern ertrunken. Am Montagvormittag fiel unterhalb der Tiefenauer Kellentreppe der Steuermann Karl Gräf in die Elbe, als er versuchte, in den Kahn zu steigen, in dem sich bereits seine Frau befand. Trotzdem die Frau sofort ihrem Mann mit dem Kahn nachfuhr, um ihm Hilfe zu bringen, gelang ihr das nicht mehr, denn der mit dem Wagen ringende wurde plötzlich von einem Strudel erfaßt und vor den Augen der entsetzten Frau in die Tiefe gezogen. Die Leiche konnte noch geborgen werden.

† Austritt Rohrbach aus der Demokratischen Partei. Der bekannte Schriftsteller und Kommunalpolitiker Paul Rohrbach ist aus der Deutsch-Demokratischen Partei ausgetreten.

## Dresdner Schlachtflehmärkt

Dresden, 24. Juni. Aufmarsch: 1 Ochs, 8 Bullen, 10 Kühe, 700 Rinder, 44 Schafe, 410 Schweine, zusammen 1258. Überstand: 4 Rinder. Geschäftsgang: Rinder schlechthin komplett. Rinder und Schafe Geschäft belanglos, darüber eine Preisnotierung nicht erfolgt. Preise: Rinder: a) 10,-, b) 64,- 106,- c) 55,- 80,- d) 48,- 52,- 92,- e) 40,- 46,- Schafe: a) 77,- 98,- b) 78,- 79,- 98,- c) 75,- 76,- 98,- d) 71,- 75,- 98,- e) 60,- 68,- 98,-

## Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Wohlige, zeitweise ausweiternde, Nächte kühl, tagsüber warm, schwache bis mäßige Winde aus nordwestlichen bis nördlichen Richtungen. Allgemeiner Witterungscharakter der nächsten Tage: Vorwiegend trocken.

## Es läuten die Glocken zu Köln am Rhein

das Morgenrot künftiger Freiheit ein.

Hilft Brüder den Wizern am Rhein

beim deutschem Lied trinkt deutscher Wein.

Dresden

C. Spielhagen Annenstraße 9

Bautzner Straße 9

Galeriestraße 6

Billige gute rheinische Weiß- und Rotweine auch vom Faß. Schaumwein.